

Dr. Boniface Mabanza

Gerechter Welthandel? Freihandelsverträge für Entwicklungsregionen als Wachstumshelfer oder Neokolonialismus?

Seit 2002 verhandelt die EU mit den Ländern Afrikas, der Karibik und des Pazifischen Raumes Freihandelsabkommen, die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) genannt werden. Sie werden von der EU als ein Instrument dargestellt, das Wirtschaftswachstum in diesen Regionen ankurbeln und progressive Weltmarktintegration vorantreiben. Darüber hinaus sollen die WPA die Regionalintegration konsolidieren. Die inhaltliche und strategische Ausrichtung zeigt etwas Anderes: Diese Abkommen würden in einigen Regionen die Ernährungssouveränität gefährden, Existenzgrundlagen von KleinproduzentInnen ruinieren, Staatseinnahmen minimieren und die von in vielen Ländern angestrebte Industrialisierung zunichtemachen. Hinter der Entwicklungs- und humanitären Rhetorik der EU steht das blanke Interesse, langfristige Absatzmärkte zu schaffen und Rohstoffversorgung für europäische Unternehmen bei wachsendem Druck von China und anderen Schwellenländern zu sichern. Somit sind die neuen Handelsverträge nichts anders als eine Verlängerung einer Logik und einer Praxis, welche ihren Ursprung in der Kolonialzeit haben.